

DIE ALTERNATIVE



OCCUPY PATRIARCHY

UNGARN: GULASCHFASCHISMUS? • „EURE
SCHULDEN – UNSERE DEMOKRATIE“ • NULL-
LOHNRUNDE IM ÖFFENTLICHEN DIENST



Herausgegeben von

Juni 2012

Einzelheft: 1,50 Euro, Abonnement: 15 Euro

P.b.b., Verlagspostamt 1040

02Z031242 M, Kd.-Nr. 0021012558

Das Versandteam der Alternative. Herzlichen Dank!

Schließlich wäre es sinnlos, eine
Zeitung zu machen, wenn sie
nicht unter die Leut kommt ...



Unabhängige GewerkschafterInnen in Tirol gegründet



NUN, eigentlich waren die Voraussetzungen für die Anerkennung der Unabhängigen GewerkschafterInnen im Tiroler ÖGB schon länger gegeben: Eine ausreichende Anzahl an Betriebsrats- und/oder Personalvertretungsmandaten in mindestens zwei Gewerkschaften. Allerdings, wie es so schön heißt, „gut Ding braucht Weile“.

Dafür war es dann am 10. Mai auch so weit: Die Unabhängigen GewerkschafterInnen in Tirol – in gewohnter bunter, alternativer, fortschrittlicher Vielfalt – haben sich konstituiert. Inzwischen gibt es in vier Gewerkschaften (GPA-djp, PRO-GE, GÖD, GdG-KMSfB) BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen der AUGE/UG, der UGÖD und seit kurzem auch der KIV/UG.



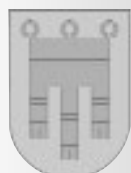
Hinsichtlich der betrieblichen Verankerung sind die Anerkennungskriterien ebenfalls zur Genüge erfüllt. Eine funktionierende Bundesorganisation gibt es längst. Damit wird nun der Antrag auf Anerkennung der „Unabhängigen GewerkschafterInnen“ als dritte Kraft neben FSG und FCG im ÖGB-Tirol gestellt werden, eine reine Formsache.



Mit der Anerkennung steht den Unabhängigen ein Sitz im ÖGB-Landesvorstand zu. Diesen wird Barbara Gessmann-Wetzinger, TLI-UG (Personalvertreterin bei den Tiroler PflichtschullehrerInnen) einnehmen, als Ersatzmandatar stellt sich Heinz Atzl, Personalvertreter der KIV/UG im Amt für Jugendwohlfahrt und Soziales, zur Verfügung. Den Sitz in der ÖGB-Kontrolle wird bis auf weiteres Helmut Deutinger, AUGE/UG-Betriebsrat in der Lebenshilfe Tirol und AK-Fraktionschef, wahrnehmen.



Mit der Fraktionsanerkennung in Tirol sind die Unabhängigen GewerkschafterInnen damit in ganz Österreich (Ausnahme Burgenland) auf ÖGB-Landesebene anerkannt, ein weiterer Schritt zur Festigung der Position der UG in der österreichischen Gewerkschaftslandschaft. Gedankt sei jedenfalls nochmals Helmut und Barbara für ihre Initiative zur Tiroler UG-Konstituierung. Und allen KollegInnen in Tirol weiter viel Kraft, Erfolg und ein solidarisches „Glück auf“!



AUGE/UG-Bundeskonferenz

29. September 2012, 10.30-17 Uhr, Wien.

Vorläufige Tagesordnung:

1. EU-Fiskalpakt, Sparpakete, Nulllohnstunden und (gewerkschafts)politische Perspektiven
2. Statutarische Generalversammlung mit:
 - Berichten aus den Gremien und Entlastung des Bundesvorstandes
 - Diskussion+Beschluss: Statutenänderungen, Geschäftsordnung, Leitbild
 - Wahl des AUGE/UG-Bundesvorstandes, Bundeskontrolle, Delegierte für UG-Gremien
 - Anträge (Einreichung bis spätestens 14. September bei auge@ug-oegb.at)
 - Arbeiterkammer-Wahlen 2014

Eine detaillierte Tagesordnung ergeht zeitgerecht an die Delegierten. Die Bundeskonferenz setzt sich aus Delegierten der Landes- und Teilorganisationen zusammen. Interessierte und KandidatInnen für zu wählende Gremien melden sich bitte bis spätestens 1. Juli 2012 bei ihrer AUGE/UG-Landesorganisation oder unter der E-Mail-Adresse auge@ug-oegb.at

Weiterführende Informationen: www.auge.or.at

Vorankündigung: 15 Jahre! UG-Fest



Freitag, 28. September 2012

In Wien 15, Schutzhaus Zukunft, Verl. Gunt-herstraße, (Linien 9, 48A), Einlass: 18 Uhr

DIE ALTERNATIVE

IM JUNI

GEWERKSCHAFT & BETRIEB

- Nulllohnrunde im Öffentlichen Dienst Seite 4
Bank Austria: Tolles Wahlergebnis Seite 7

MAGAZIN

- Konferenz „Eure Schulden – unsere Demokratie“ Seite 8
Volksbegehren „Steuergerechtigkeit Jetzt!“ Seite 9
Stolperstein Mindestsicherung Seite 10

PANORAMA

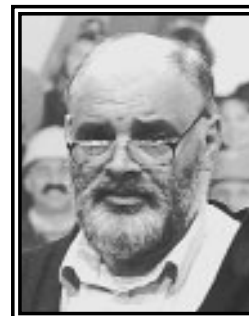
- Frauen: Occupy Patriarchy Seite 14
Büchereien-Wien: Externe Heimsuchung Seite 16
AUGE/UG zum Europatag Seite 18

INTERNATIONAL

- Ungarn: Gulaschfaschismus? Seite 20

SPEZIAL **MUCH**

- Seite 12



EDITORIAL
von Alfred Bastecky

IN GEWAHRSAM

Heimische Medien berichten üblicherweise spärlich über internationale Proteste gegen Kapitalismus, Finanzmarkt-Haie oder die Macht der Banken. Für drei Tage waren kürzlich in Frankfurt große Aktionen geplant. Sie wurden zunächst alle polizeilich untersagt, dann genehmigte man eine Großdemo am letzten Tag. Unter der Bedingung, dass vorher nichts stattfindet. Die Folge: 1400 Menschen wurden von der Polizei „in Gewahrsam“ genommen. Das ist in unseren Breiten rekordverdächtig und wirft einmal mehr die Frage nach der Demokratie in Zeiten der internationalen Finanzkrise auf.

Zum Beispiel Griechenland. Das Volk hat ganz einfach falsch gewählt. Was ist, wenn es das bei der Wahlwiederholung wieder tut? Die EU droht: Keine Hilfe mehr, wenn das Spardiktat nicht eingehalten wird. Den arbeitslosen griechischen Jugendlichen kann's wurscht sein. Sie haben von den Hilfsmilliarden ohnedies nie einen Euro gesehen.

Zum Thema passen Beiträge in diesem Heft. Etwa ein Bericht über eine ÖGB-Konferenz mit dem Titel „Eure Schulden – unsere Demokratie“. Oder: Occupy Patriarchy – die Zeltstadt der Frauen auf der Wiener Ringstraße. Trotz Wind und Wetter.

Irgendwie passt auch die Frage: Mindestsicherung – ein „Meilenstein in der Armutsbekämpfung“ oder doch nur ein Stolperstein in den sozialen Abstieg?

Bei uns ist die Welt ja noch irgendwie in Ordnung. Der Widerstand gegen den Fiskalpakt, die Schuldenbremse und die Leistungseinschränkungen in den Kommunen halten sich in Grenzen. Wenn aber der ÖGB einmal nicht mehr mitspielt? Keine Angst, das passiert sicher nicht.

IMPRESSUM Medieninhaber, Verleger: Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG) Herausgeber: Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB (UG/ÖGB) Redaktion, Satz & Layout: Alfred Bastecky (Koordination), Lisa Langbein, Franz Wohlkönig (Layout) Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10/1, Telefon: (01) 505 19 52-0, Fax: -22, E-Mail: auge@ug-oegb.at (Abonnement), alternative@ug-oegb.at (Redaktion), internet: www.ug-oegb.at, Bankverbindung: BAWAG Kto. Nr. 00110228775
Dass namentlich gezeichnete Beiträge nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers entsprechen müssen, versteht sich von selbst. Titel und Zwischentitel fallen in die Verantwortung der Redaktion, Cartoons in die Freiheit der Kunst. Textnachdruck mit Quellenangabe gestattet, das Copyright der Much-Cartoons liegt beim Künstler. DVR 05 57 021. ISSN 1023-2702.

Warnung: Nulllohnstunden im öffentlichen Dienst können auch ihr Einkommen gefährden.

Von Markus Koza.

ÄRMELSCHONER?

Das „Stabilitätspaket“ 2012 bis 2016 (wie das Sparpaket im Zeichen von Fiskalpakt und Schuldenbremse so euphemistisch benannt wird) ist von der Regierung verabschiedet und vom Parlament beschlossen worden. Zugestimmt haben unter anderem auch die großkoalitionären Gewerkschaftsabgeordneten in rot und schwarz. Das war zu erwarten, hat sich doch der Österreichische Gewerkschaftsbund das Konsolidierungspaket (das natürlich schlimmer hätte ausfallen können, weil schlimmer gehts immer) schöner geredet, als es ist. Schließlich seien

- ArbeitnehmerInnen von den Konsolidierungsmaßnahmen nur wenig betroffen und
- höhere Massensteuern, Privatisierungen und massiver Sozialabbau verhindert worden.

Nun, ob dem tatsächlich so ist, werden erst die

- Reform der Fördersysteme,
- veranschlagten, aber nicht näher konkretisierten Einsparungen auf Länder- und Gemeindeebene (bei den Ermessensausgaben sowie im Gesundheitssystem) zeigen.

Andererseits, was soll der ÖGB als Gesamtorganisation auch viel anderes sagen, wenn die Gewerkschaft jener ArbeitnehmerInnengruppe, die sehr

wohl massive Einschnitte hinnehmen muss, diese so einmal akzeptiert, unabhängig davon, was diese auch für andere Beschäftigtengruppen bedeuten würden – wir sprechen von der Nulllohnstunde im öffentlichen Dienst.

ÖFFENTLICHE DIENSTE – ALLES BEAMTE, ODER WAS?

Einsparungen von 1,1 Milliarden Euro soll die Nulllohnstunde 2013 sowie die „moderaten“ Lohnrunden 2014 für Bundesbedienstete und LandeslehrerInnen (in Summe rund 210.000 Betroffene) dem Bundesbudget bringen. Die „Gewerkschaft Öffentlicher Dienst“ (GÖD) mit ihrem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Nationalratspräsidenten und ÖVP-Abgeordneten Neugebauer, hat diese Lohnkürzungsmaßnahmen (schließlich handelt es sich um deutliche Reallohnverluste) geschluckt und argumentierte dieses Faktum mit der Abwehr noch schlimmerer Maßnahmen. Da sei das gerade noch akzeptabel gewesen. Die Bundesregierung spricht dabei gerne von einem „Solidarbeitrag“ der Beamten mit ihren sicheren Arbeitsplätzen und Einkommen. Medial wird diese Nulllohnstunde überhaupt gerne als Beitrag „der Beamten“ zur Budgetkonsolidierung bezeichnet. Dass diese Maßnahme in breiten Bevölkerungsschichten nicht unpopulär ist, liegt wohl am nicht gerade besonders guten Image der Beamten, wofür nicht zuletzt die GÖD mit ihrem Auftreten als „Standesvertretung“ verantwortlich ist. Gar nicht klammheimlich ist die Freude der DurchschnittsösterreicherInnen, dass es den „privilegierten“ Beamten nun endlich auch einmal „an den Kragen“ geht, den „Betonierern“ und sturen Verteidigern längst über-

holter, „wohlerworbener Rechte“ und Zulagen, von denen die durchschnittliche Privatangestellte nur träumen kann.

Nun, tatsächlich hat das in der veröffentlichten Meinung transportierte Bild des Ärmelschoner tragenden, kleinkarierten und pitzigen Beamten, der sich „bürgerfern“ hinter Vorschriften und Gesetzen verschanzt, nur wenig mit der Realität der öffentlichen Dienste zu tun. Die öffentlichen Dienste des Bundes, der Länder, der Gemeinden sind nicht weniger vielfältig als „die Privatwirtschaft“.

Der öffentliche Dienst reicht von Bund, Ländern und Gemeinden bis hin zu ausgegliederten Betrieben, Krankenanstalten etc. Er umfasst Beamte ebenso wie Vertragsbedienstete, normale Privatangestellte, ArbeiterInnen, freie DienstnehmerInnen und WerkvertragsnehmerInnen. Öffentlich Bedienstete sind genauso voll- wie teilzeitbeschäftigt, haben befristete Arbeitsverträge, arbeiten „atypisch“. Will mensch sich den öffentlichen Diensten, den Berufsgruppen in den öffentlichen Diensten sowie den Einkommensstrukturen bzw. -verhältnissen nähern, empfiehlt sich ein Blick in den Einkommensbericht des Rechnungshofs aus dem Jahr 2010 (Daten 2009). Nicht zuletzt, um das bestehende, bzw. verbreitete Bild über die öffentlichen Dienste einem Realitätscheck zu unterziehen.

RIESIGES „BEAMTENHEER“?

Wie schaut es nun mit den „Berufsgruppen“ im öffentlichen Dienst aus? Wie groß ist das „Beamtenheer“ tatsächlich? Was umfassen die öffentlichen Dienste nun alles?



MARKUS KOZA
IST UG-VORSITZENDER,
IM ÖGB-VORSTAND
UND MITARBEITER DER
AUGE/UG IN WIEN.

- Von den 3,990 Millionen unselbstständig Beschäftigten im Jahr 2009 waren 225.650 Beamte, 318.668 Vertragsbedienstete. Der „Beamtenanteil“ an allen unselbstständig Beschäftigten betrug 2009 also 5,7 Prozent, Tendenz fallend.
- Während die Zahl der Beamten seit 2004 von 249.000 auf 225.650 Personen zurückging, stieg jene der Vertragsbediensteten von knapp 239.500 auf 318.668 Personen. Seit 1998 ist die Zahl der Beamten von fast 353.000 um 36 Prozent zurückgegangen. Ursachen für diesen massiven Rückgang sind unter anderem Ausgliederungen, Aufnahme- und Pragmatisierungsstopps, Umstrukturierungen (etwa bei den Bundesbahnen). Die Vertragsbediensteten im öffentlichen Dienst sind erst seit

Hinzu kommen noch die Branchen „Energieversorgung“, „Verkehr und Lagerei“ die ebenfalls öffentlich erbrachte Dienstleistungen und entsprechend öffentliche Bedienstete beinhalten.

ALLES EINKOMMENSSPITZE?

Hinsichtlich der Einkommenssituation stellt sich die Lage wie folgt dar:

- Das Medianeinkommen (mittleres Einkommen, 50 Prozent verdienen mehr, 50 Prozent verdienen weniger) aller unselbstständig Beschäftigten lag 2009 bei 24.449 Euro jährlich (das sind 1746 Euro brutto pro Monat, 14 x im Jahr). Während die Medianeinkommen der ArbeiterInnen mit 17.874 Euro deutlich darunter lagen, lagen die mittleren Einkommen der Angestellten (27.723 Euro) und Vertragsbediensteten (28.103) über dem allgemeinen Schnitt, waren jedoch annähernd gleich. Zwischen Angestellten und Vertragsbediensteten lässt sich also nur ein geringer Einkommensunterschied von gerade einmal 1,3 Prozent ausmachen (noch 2008 lag das mittlere Einkommen der Vertragsbediensteten sogar leicht unter jenem der Angestellten). Zieht mensch allerdings Beamte und Vertragsbedienstete zusammen, liegt der „öffentliche Dienst“ (allerdings ohne Privatangestellte im öffentlichen Dienst) mit mittleren 35.702 Euro pro Jahr doch relative deutlich über dem Median aller ArbeitnehmerInneneinkommen in Österreich.
- Das liegt tatsächlich am Medianeinkommen der Beamten: Mit 47.818 Euro im Jahr fast doppelt so hoch wie das mittlere ArbeitnehmerInnen-Einkommen in Österreich. Warum das so ist, hat allerdings auch einfache Gründe: Einerseits liegt die Höhe im Altersschnitt begründet. Während das Durchschnittsalter der Angestellten zum Beispiel bei 38 Jahren liegt, liegt das der Beamten

gleich um zehn Jahre darüber. Die hohen Einkommen und im Vergleich zu den anderen Berufsgruppen hohen Einkommenszuwächse lassen sich also vor allem auf den Alterungseffekt zurückführen: „Insgesamt geht die Anzahl der Personen in dieser Gruppe zurück, weil die Zahl der Pragmatisierungen sinkt und damit immer weniger neue BeamtInnen hinzukommen. Die noch verbleibenden BeamtInnen haben durch die gesetzlichen Gehaltsvorrückungen einen Einkommenszuwachs, der nicht im selben Ausmaß durch neu hinzukommende geringe Einkommen ausgeglichen wird. Das Resultat ist ein im Vergleich zu den anderen Gruppen starker Anstieg des Gruppenmittelwerts.“

- Die absolute Höhe des beamteten Medianeinkommens relativiert sich entsprechend, werden vergleichbare Angestellteneinkommen den Beamteneinkommen gegenübergestellt. Etwa wenn Einkommen Vollzeitbeschäftigter männlicher Angestellter mit langer Betriebszugehörigkeit (zwanzig Jahre) mit jenen männlicher, öffentlich Bediensteter (in diesem Falle wohl mit im Vergleich zu Vertragsbediensteten höherem Beamtenanteil) verglichen werden: Angestellte verdienen in diesem Fall mit einem Medianeinkommen von 59.756 Euro deutlich mehr als vergleichbare öffentlich Bedienstete mit 49.260 Euro. Einkommen von Frauen liegen bei dieser Zugehörigkeitsdauer bei Angestellten bei 43.940 Euro, bei Beamtinnen bei 49.869 Euro. Der Einkommensunterschied zwischen männlichen und weiblichen Angestellten ist also deutlich größer als zwischen weiblichen Angestellten und Beamtinnen.
- Unter dem allgemeinen Medianeinkommen (im „unteren“ Einkommenssegment) befinden sich zwar weniger als zehn Prozent der BeamtInnen aber immerhin rund vierzig Prozent der Vertragsbediensteten. Insgesamt liegen rund 25 Prozent aller Beamten und Vertragsbediensteten unter dem Medianeinkommen aller unselbstständige Beschäftigten, somit rund 30 Prozent aller weiblichen Vertragsbediensteten und Beamtin-

Bitte umblättern



2004 gesondert als eigene Gruppe ausgewiesen, nicht zuletzt aufgrund ihrer zunehmenden Bedeutung im öffentlichen Dienst.

- Mit Vertragsbediensteten und Beamten sind allerdings noch lange nicht alle Beschäftigten der öffentlichen Dienste erfasst: Im Rechnungshofbericht finden sich unter anderem die Branchen „Erziehung und Unterricht (P)“ sowie „Gesundheits- und Sozialwesen (Q)“ mit 94.411 bzw. 247.938 Beschäftigten, die sowohl private wie auch öffentliche Dienstleister umfassen. Mit jeder Menge Beschäftigungsverhältnissen mit privatrechtlichen Arbeitsverträgen, auch bei öffentlichen Dienstleistern. Diese beiden Branchen werden getrennt vom Bereich „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung (O)“ mit in Summe 570.564 Beschäftigten geführt.

nen. Wird der Privatangestelltenbereich im öffentlichen Dienst hinzugerechnet, vor allem in den Niedriglohnbranchen Soziales, Gesundheit (mittleres Bruttojahreseinkommen: 19.672 Euro), Unterrichtswesen und Erziehung (mittleres Bruttojahreseinkommen: 17.463), mit einem hohen Frauen- (79 Prozent im Bereich Soziales und Gesundheit, 55 Prozent im Bereich Unterricht) und Teilzeitbeschäftigungsanteil (53 Prozent im Sozial- und Gesundheitsbereich, 46 Prozent im Unterrichtsbereich), steigt der Anteil derjenigen, die Unter-Median liegen, wohl mit Sicherheit auf bzw. über dreißig Prozent. Dieses runde Drittel im Unter-Median-Einkommensbereich macht dabei rund ein Fünftel der Lohnsumme im öffentlichen Dienst aus.

Nun, warum das alles? Sicher nicht, weil wir es als unseren Auftrag sehen, die Spitzeneinkommen von Spitzenbeamten zu verteidigen. Sondern um die öffentlichen Dienste in ihrer Vielfalt darzustellen und falsche Bilder gerade zu rücken. Die öffentlichen Dienste reichen von Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Kinderkrippen und -gärten, über Schulen, Magistrate, Stadtgärtnereien, Gemeinde- und Sozialämter, der Bestattung, Verkehrsbetrieben, kommunalen Energieversorgern bis hin zu Universitäten, dem Arbeitsmarktservice, Ministerien, Museen, dem Bundesrechnungszentrum und der Statistik Austria. Die öffentlichen Dienste umfassen Leistungen der Länder, Gemeinden, des Bundes und der ausgegliederten Bereiche. In öffentlichen Diensten arbeiten Beamte, Vertragsbedienstete, Privatangestellte, ArbeiterInnen, LeiharbeiterInnen, befristet Beschäftigte und andere „Atypische“. Einkommen reichen von „nahe der Armutgefährdung“ bis zu Spitzengagen Top-Beamter. Entsprechend treffen „Nulllohnrunden“ bzw. moderate Lohnsteigerungen auch unterschiedlich: Was ein Sektionschef oder anderer Spitzenverdiener im öffentlichen Dienst unabhängig von seinem beruflichen Status an Kaufkraftverlust ökonomisch vermutlich locker verkraften kann, kann für eine Teilzeitbeschäftigte, alleinerziehende Kindergärtnerin oder Altenpflegerin – egal ob Beamtin, Vertragsbedienstete oder Privatangestellte – schon existenzbedrohend werden.

Bei der angekündigten „Nulllohnrunde“ handelt es sich also nicht um ein „Beamtenpaket“, wie so gerne dargestellt, sondern um eine Lohnkürzungsmaßnahme, die zunehmend alle Beschäftigten der öffentlichen Dienste zu treffen droht, haben doch auch schon Länder und Gemeinden angekündigt, dem Nulllohnrunden-Beispiel des Bundes folgen zu wollen. Sie haben schließlich einen Konsolidierungsbeitrag von ausgabenseitigen rund 2,6 Milliarden Euro zu erbringen. Ausgedehnt auf Gemeinde- und Landesbedienstete ist der Kreis unmittelbar Betroffener schon deutlich größer als die geschätzten 210.000 Personen. Und auch bei diesem erweiterten Kreis droht es allerdings nicht zu bleiben.

BIS ZU 900.000 BETROFFENE

Denn auch der „privat“ organisierte, in Wirklichkeit von der öffentlichen Hand beauftragte und finanzierte Gesundheits- und Sozialbereich ist vielfach mittel- bis unmittelbar an die Lohnentwicklungen der öffentlichen Dienste gekoppelt. Einrichtungen der Sozialwirtschaft beziehungsweise des (Elementar-)Bildungsbereiches, soweit sie nicht im Kollektivvertrag der „Berufsvereinigung von Arbeitgebern für Gesundheits- und Sozialberufe“ (BAGS-KV) organisiert sind, orientieren sich in ihren betrieblichen Lohnschemata vielfach an Gemeinde- oder Landesbediensteten. Nulllohnrunden würden sie direkt treffen. Mittelbar aber wohl auch den BAGS-KV Bereich. Arbeitgeberseitig werden die Verhandlungsergebnisse des öffentlichen Dienstes gerne als „Leitlinie“ für die BAGS-KV-Verhandlungen herangezogen – vor allem hinsichtlich der Höhe der Lohnzuwächse. ArbeitnehmerInnenseitig ist in den letzten Jahren das Bestreben zu beobachten, sich deutlicher von den Ergebnissen im öffentlichen Dienst abzusetzen und höhere Abschlüsse zu erzielen. Was auch verständlich ist, liegen die Einkommen im frauendominierten Sozial- und Gesundheitsbereich doch deutlich unter dem allgemeinen Medianeinkommen – nämlich um rund 19 Prozent was natürlich auch der hohen Teilzeitquote geschuldet ist – und noch deutlicher unter dem Medianeinkommen der Vertragsbediensteten und Beamten im öffentlichen Dienst.

Gleichzeitig ist allerdings zu beobachten, dass sich die öffentliche Hand durch entsprechende Lohnabschlüsse im privaten Gesundheits- und Sozialbereich nicht besonders beeindrucken lässt. Förderungen und Subventionen werden unabhängig von den Kollektivvertrags-Verhandlungsergebnissen gleich belassen bzw. in Zeiten des Spardrucks sogar noch reduziert. Die geplante Reform der Fördersysteme, die Kürzung der Ermessensausgaben und die Sparvorgaben auf Landes-, Gemeindeebene sowie im Gesundheitsbereich, lassen jedenfalls harte Verteilungskämpfe im privat organisierten, aber öffentlich finanzierten Sozial- und Gesundheitsbereich erwarten. Lohnrunden, ohnehin nie besonders üppig im Bereich der BAGS-KV-Betriebe, drohen – wenn schon nicht mit „Nullzuwachs“ – bescheiden auszufallen. Summiert mensch nun die Zahl potentiell Betroffener von Nulllohnrunden im öffentlichen Dienst, so kommt mensch – basierend auf den Daten des Einkommensberichts – auf die stolze Zahl von rund 900.000 Beschäftigten. Beinahe ein Viertel der unselbständig Beschäftigten in Österreich. Damit kann eine Nulllohnrunde mit der entsprechenden Kaufkraftschwächung gerade in Krisenzeiten tatsächlich ein ernsthaftes wirtschaftspolitisches Problem werden, droht sich doch der private Konsum entsprechend deutlich abzuschwächen, was einen weiteren Anstieg von Arbeitslosigkeit und damit Einkommensverlust befürchten lässt.

Nulllohnrunden im öffentlichen Dienst erzeugen damit Wirkungen weit über die öffentlichen Dienste hinaus. Und es darf bezweifelt werden, dass vorgegebene Sparziele bei steigender Arbeitslosigkeit, damit sinkenden Steuereinnahmen, bei steigenden Sozialausgaben und schrumpfender bis stagnierender Wirtschaftsleistung erreicht werden können.

KLARES „NEIN“ ZU NULLLOHNRUNDEN

Dabei war es gerade der private Konsum, dank vorjähriger guter Lohnabschlüsse, sowie der Sozialstaat mit seinen (öffentlichen) Einrichtungen und Sicherungssystemen, der den Konjunkturereinbruch 2008/2009 einigermaßen abfederte und die wirtschaftliche Lage

stabilisierte. Anhaltend relativ hohe Arbeitslosigkeit sowie stagnierendes bis rückläufiges Realeinkommen in öffentlichen Diensten und öffentlich finanzierten sozialen Diensten drohen dagegen, die ohnehin schon negativen Wirtschaftsprognosen noch zusätzlich zu verschlechtern.

Nulllohngruppen sind daher nicht nur aus grundsätzlichen Erwägungen abzulehnen, sondern auch aus gesamtwirtschaftlichen. Verschärfend tritt hierzu noch das Faktum, dass mit drohenden Nulllohngruppen bzw. „moderaten“ Lohngruppen im öffentlichen beziehungsweise öffentlich finanzierten Bereich vielfach ausgerechnet jene Berufsgruppen Realeinkommensverluste hinnehmen müssen, deren Arbeit im direkten Vergleich zu ihrer Entlohnungen einen hohen „sozialen Mehrwert“ erzeugt, wie die britische „new economics foundation“ in einer Studie errechnet hat – nämlich Gesundheits-, Sozial- und Bildungsberufe.

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen in der Wiener Arbeiterkammer brachten daher zur letzten Vollversammlung einen Antrag ein, indem sich die AK klar gegen Nulllohngruppen auch im rot-grün regierten Wien und für eine Stärkung unterer und mittlerer Einkommen aussprechen sollte. Mit genau oben angeführten Argumenten. Weil Nulllohngruppen eben weit über die unmittelbar betroffenen öffentlichen Bediensteten Wirkung entfalten. Während ausgerechnet der ÖAAB zustimmte, konnte sich die FSG zu keiner Unterstützung durchringen und wies den Antrag vorerst einmal dem entsprechenden Unterausschuss zu. Wir werden jedenfalls berichten, wie die Mehrheitsfraktion mit dem Antrag umgehen wird ...

PS: Will mensch „Spitzenverdiener“ treffen (egal ob diese nun beamtet sind, privat angestellt oder selbständig) bietet sich vor allem eine höhere Steuerprogression im Rahmen der Einkommenssteuer an. Eine Nulllohngruppe ist jedenfalls kein taugliches Mittel für mehr Einkommensgerechtigkeit. Es wird genau das Gegenteil erreicht.



Bank Austria: **TOLL**

Bei den Betriebsratswahlen gab es einen tollen Erfolg für die Unabhängigen GewerkschafterInnen. *Von Fritz Schiller.*

Am 10. Mai fanden in der Bank Austria in Wien Betriebsratswahlen statt. Die FSG-nahe Liste 1 Adi Lehner erreichte wieder, wie vor vier Jahren, 21 Mandate, die FCG-nahe Liste 2 mit ihrem Spitzenkandidaten Robert Traunwieser verloren zwei ihrer acht Mandate, während die Liste 3: Buger-Haitzer-Hahn ein Mandat dazugewann und nun bei drei Mandaten hält.

Im Vergleich zur Betriebsratswahl 2008 waren dieses Jahr knapp 380 Personen weniger wahlberechtigt. Die Wahlbeteiligung sank um mehr als drei Prozentpunkte auf 65,5 Prozent. Die Liste 1 Adi Lehner erhöhte zwar ihren Anteil auf von 66,8 Prozent (2008) auf 68,4 Prozent, verlor aber 250 Stimmen. Adi Lehner löste Wolfgang Heinzl als Spitzenkandidat ab, Heinzl kandidierte auf Platz 5, bleibt aber weiter Zentralbetriebsratsobmann der Bank Austria. Mit grosser Wahrscheinlichkeit wird Adi Lehner Vorsitzender des Betriebsrates der Bank Austria in Wien werden. Der eindeutige Verlierer dieser Wahl war die Liste 2 Traunwieser-Serdinsky, deren Stimmenanteil um knapp sechs Prozentpunkte auf 20,3 Prozent fiel. Zudem musste sie einen absoluten Stimmenverlust von 411 (knapp 30 Prozent) hinnehmen und hält nun bei 968 Stimmen.

Der relative wie absolute Gewinner dieser Wahl war die Liste Buger-Haitzer-Hahn, die Liste, die von der AUGÉ/UG unterstützt wird. Sie erhöhte ihren Stimmenanteil auf 11,3 Prozent nach 7,1 Prozent von vor vier Jahren, gewann 166 Stimmen dazu und hält nun bei 540 Stimmen (+45 Prozent).

Stefan Buger, Betriebsrat und Zentralbetriebsrat führte die Liste an, gefolgt von Gerhard Haitzer, Betriebsrat. Neu gewählt wurde Margit Hahn, stellvertretende Betriebsratsvorsitzende der UBIS, einer Tochterfirma der Bank Austria. In ihrem Bereich gelang es ihrer Liste die FCG-nahe Liste stimmenmäßig zu überholen.

Der einzige Wermutstropfen besteht darin, dass für das vierte Mandat gerade 19 Stimmen fehlten. Stefan Buger ist aber zuversichtlich durch eine kontinuierliche und konsequente Arbeit für die Bank Austria-KollegInnen bei der nächsten Betriebsratswahl in vier Jahren nicht nur ein viertes Mandat zu holen.

	2008			2012		
	Stimmen	in %	Mandate	Stimmen	in %	Mandate
wahlberechtigt	7.354			7.558		
abgegeben	5.457			4.354		
gültig	5.273			4.178		
Wahlbeteiligung	68,9%			65,5%		
Liste 1 Team Adi Lehner (FSG)	3.520	66,8%	21	3.270	68,4%	21
Liste 2 Traunwieser-Serdinsky (FCG)	1.379	26,2%	8	968	20,3%	6
Liste 3 Buger Haitzer Hahn (AUGÉ/UG)	374	7,1%	2	540	11,3%	3

Aktionskonferenz

EURE SCHULDEN UNSERE DEMOKRATIE

der Europäischen Union wird ein Belastungspaket nach dem anderen geschnürt – schließlich müssten die Schulden zurückgezahlt werden. Wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt, ein Sozialstaat sei nicht mehr finanzierbar. Doch wer hat die Schulden wirklich verursacht, wer hat über wessen Verhältnisse gelebt und in wessen Interesse ist eine Kürzung des Sozialstaats? Diese und andere Fragen standen im Mittelpunkt der Aktionskonferenz „Eure Schulden – unsere Demokratie“ des Bündnisses „Wege aus der Krise“ am 11. Mai 2012. Dabei wurden viele interessante Perspektiven auf die scheinbare Schuldenkrise geöffnet und über alternative und soziale Krisenlösungsstrategien diskutiert.

Christa Schlager von der Wiener Arbeiterkammer eröffnete die Konferenz mit der Frage nach den Verursachern der Schulden. Anhand der Abbildung „Staatsverschuldung“ ist erkennbar, dass die Staatsverschuldung in fast allen Ländern seit der Krise stark angestiegen ist. Damit zeige sich, dass die Staatsschulden kein Ergebnis eines plötzlich unfinanzierbaren Sozialstaates, sondern direkte Folge der (von Banken und Finanzmärkten) ausgelösten Wirtschafts- und Finanzkrise sind.



RENATE VODNEK
IST PSYCHOLOGIN
UND GEWERKSCHAFTS-
AKTIVISTIN.

Für Schlager seien Vermögenssteuern (siehe Abbildung „Vermögenssteuern 2010“) zur Stabilisierung unumgänglich. Bekanntlich ist hier Österreich eines der Schlusslichter. Gleichzeitig stiegen die Gewinne in den letzten Jahrzehnten um ein Vielfaches mehr als Löhne (siehe Abbildung „Lohnquote und Gewinnquote“). Eine Besteuerung der Vermögen hätte nicht nur eine Umverteilungsfunktion, sondern wäre zentraler Anknüpfungspunkt für nachhaltiges Wachstum, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie Finanzierung des Sozialstaates.

Lukas Oberndorfer, ebenfalls von der Wiener Arbeiterkammer, setzte mit der Frage fort, ob die EU-Krisenpolitik eine Aushöhlung der Demokratie statt einem sozial-ökologischen Europa der Vielen produziert. Mit dem Fiskalpaket verpflichten sich die Länder, eine gesetzlich verankerte Schuldenbremse einzuführen und die Überwachung der nationalen Budgets in die Hände der EU-Kommission und des europäischen Gerichtshofes zu legen. Eine reine Sparpolitik, wie sie von neoliberalen Kreisen in Europa vorangetrieben wird, müsse immer zu Lasten von ArbeitnehmerInnen gehen. Die Formulierung des Korrekturmechanismus im Fiskalpaket spräche für eingriffsintensive Instrumente. Diese könnten „bis hin zur automatischen Reduzierung von öffentlichen Ausgaben, der entsprechenden Erhöhung von indirekten Steuern oder zur Einrichtung eines bevorzugten Sonderkontos für Zinsen und Kredit-Tilgungen nach griechischem Muster reichen“. Der Text des Fiskalpakts bedeu-

te nichts anderes, als „More of the same! Lohnzurückhaltung, Deregulierung, Privatisierung und Austeritätspolitik“, meinte Oberndorfer¹. Gleichzeitig



Quellen: EU-Kommission, 11 / 2011;
eigene Berechnungen

würde die vermeintliche Schuldenkrise immer mehr zum Abbau von demokratischen Rechten genutzt. Dieses Thema war auch ein Schwerpunkt der Debatte im vertiefenden Arbeitskreis. In Krisenzeiten bestünde die Gefahr, dass demokratische Rechte außer Kraft gesetzt werden. Wie die Beziehung zwischen Markt und Demokratie von manchen gesehen wird, zeigt folgendes Zitat von Angela Merkel: „Insofern werden wir Wege finden, die parlamentarische Mitbestimmung so zu gestalten, dass sie trotzdem auch marktkonform ist.“² Ein Teilnehmer wandte ein, das Gegenteil sollte der Fall sein: „wir brauchen demokratiekonforme Märkte“.³ Denkansätze, dass sich Märkte selbst regeln und Mitbestimmung hier keinen Platz hätte, sind auch eine Gefahr für die Gewerkschaftsbewegung. Der französische Gewerkschafter Patrick Saurin ist

davon überzeugt, dass eine Antwort der sozialen Bewegungen wie NGOs, Gewerkschaften und Arbeitslosen notwendig ist.

Markus Marterbauer (AK-Wien) und Karin Küblböck (Attac) stellten Überlegungen zu Alternativen zur Krisenverschärfungspolitik an. Für Marterbauer steht fest: „In eine Krise spart man sich leicht hinein, aus einer Krise kann man nur herauswachsen“.³ Herauswachsen durch Beschäftigungsimpulse, Regulierung von Banken und Versicherungen

Quelle: OECD; ¹⁾ Daten für 2009



Alle Abbildungen:
Arbeiterkammer Wien



Quellen: EU-Kommission;
AMECO-DB; eigene Berechnungen

oder eine Umverteilung beispielsweise durch Erhöhung von Vermögenssteuern und Ausbau des Sozialstaats. Karin Küblböck ergänzte mit Strategien, um die Macht der Rating Agenturen zu brechen. Die Europäische Zentralbank (EZB) hätte mehr Aufgaben als eine reine Inflationsbekämpfung und Stabilisierung des privaten Finanzsektors. Spekulationen gegen Staaten dürften nicht mehr möglich sein – dafür wären eine Schrumpfung der Finanzmärkte und eine stärkere Rolle der EZB nötig. Auch Küblböck ist überzeugt: „Kollektives Sparen führt nicht aus der Krise“.³

Der Vertreter der IG Metall, Hans-Jürgen Urban, und Patrick Saurin (CAC, Vorstandsmitglied des Komitees für den Schuldenaudit in Frankreich) präsentierten Widerstandsstrategien in anderen Ländern. Bei der Kampagne „Europa neu begründen“ in Deutsch-

land wird derzeit gegen Merkels Austeritätspolitik mobilisiert. Mit mehr wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Gerechtigkeit soll der Weg Europas in den Ruin gestoppt werden.

In Frankreich wurden im Rahmen der Kampagne „Der Schuldenfalle entkommen!“ lokale Schuldenauditkomitees gegründet. Einer der Gründe für die Kampagne ist die Verschuldung Tausender französischer Gemeinden durch Finanzspekulationen. Patrick Saurin über die Funktion der Audits: „Die Enttarnung der Lüge, der Schuldner sei allein schuld an den Schulden und Banken und Vermögenden hätten keine Verantwortung dafür“. Das Werkzeug Bürgeraudit ermöglicht es, den Teil der Verschuldung zu ermitteln, der ungerechtfertigt ist und daher nicht bezahlt werden soll. „Erst das Verstehen der Ursachen der Schuldenkrise ermöglicht es, Alternativen zu deren Abbau zu machen. Wenn zum Beispiel ein Teil der Schulden illegitim ist, dann ist es auch legitim, den Erlass dieser Schulden einzufordern“. Die BürgerInnen sollen bestimmen, wofür gezahlt wird und wofür nicht.³

Bei den Aktionsworkshops am Nachmittag wurden gemeinsam Widerstandsformen und Aktionsansätze entwickelt. Einige TeilnehmerInnen ließen die Konferenz bei der Protestaktion des Personenkomitees „Für eine Volksabstimmung über den EU-Fiskalpakt“ ausklingen.⁴

Literatur:

¹ arbeiterkammer.at/bilder/d172/EU_Infobrief_Maerz_2012.pdf

² <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/09/2011-09-01-merkel-coelho.html>, 17. Mai 2012

³ Aktionskonferenz 11. Mai 2012.

Dokumentation unter wege-aus-der-krise.at/aktionen/aktionskonferenz/dokumentation.html,

Bericht unter proge.at/servlet/ContentServer?pagename=P01/Page/Index&n=P01_0.a&cid=1334740629086

⁴ werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=629&Itemid=1, 16. Mai 2012



Nur mehr bis 15. Juni:

Für ein Volksbegehren

„Steuergerechtigkeit Jetzt!“

- a. Menschen entlasten
- b. Große Vermögen besteuern
- c. Armut bekämpfen
- d. Kaufkraft stärken

Bis 15. Juni können auf allen österreichischen Gemeinde- und Bezirksämtern Unterstützungserklärungen für das Volksbegehren abgegeben werden.

**Jetzt hingehen
und unterschreiben!**

Info: steuergerechtigkeit-jetzt.at



Für Sozialminister Rudolf Hundstorfer wurde mit der Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung „ein sozialpolitischer Meilenstein gesetzt, der Armut gezielt bekämpft und soziale Ausgrenzung verhindert“¹. Die von der Armutskonferenz durchgeführte Evaluierungsstudie zu den Rechtsgrundlagen der Bundesländer zur Mindestsicherung kommt zu einer anderen Einschätzung.

Ursprünglich mit dem Ziel der Vereinheitlichung der je nach Bundesland unterschiedlichen Sozialhilfe eingeführt, ist von einer österreichweit einheitlichen Regelung nichts zu erkennen. Die neuen Gesetze stünden in ihrer Unübersichtlichkeit den alten Sozialhilfe-Gesetzen in nichts nach: „Nach wie vor gilt: Was jemand in welcher Lebenssituation zusteht, wird nach wie vor wesentlich vom Wohnort bestimmt. Das entbehrt sachlich jeder Rechtfertigung. Gehäuft treten Probleme in den Bundesländern Niederösterreich, Kärnten, Burgenland und Steiermark auf.“²

MINDESTSICHERUNG HÄLT NICHT WAS SIE VERSPRICHT

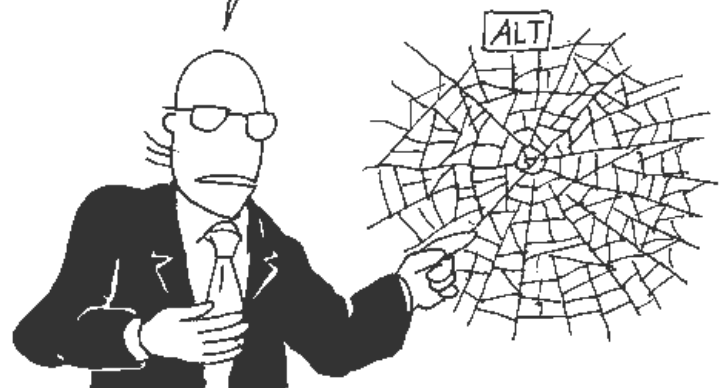
Gleichzeitig stellt die Höhe der Mindestsicherung vielfach ein Problem dar, sie reicht oft nicht einmal zur Existenzsicherung. „Die bedarfsorientierte Mindestsicherung ist weder ‚bedarfsorientiert‘, noch ist sie eine „Mindestsicherung“, so der Sprecher der Salzburger Armutskonferenz, Robert Buggler, bei der Präsentation der Studie³. Eine der Ursachen ist, dass die Anrechnung der Wohnkosten mit 193,32 Euro äußerst niedrig bemessen ist. Wenn nicht einmal die tatsächlichen Wohnkosten abgedeckt werden, gibt es auch keine Möglichkeit, Notsituationen abzudecken. Zusätzlich fallen, obwohl Mindestsicherungs-BezieherInnen in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogen sind, im Krankheitsfall oft Kosten durch bestehende Selbstbehalte an.

Weiterer Stolperstein auf dem Weg zur Mindestsicherung: Eigenes „Vermögen“ über 3866,30 Euro muss vorher ausgegeben werden. Egal ob Bausparvertrag, Lebensversicherung oder Sparbuch. Interessanterweise hat sich dieser Punkt anscheinend noch nicht bis

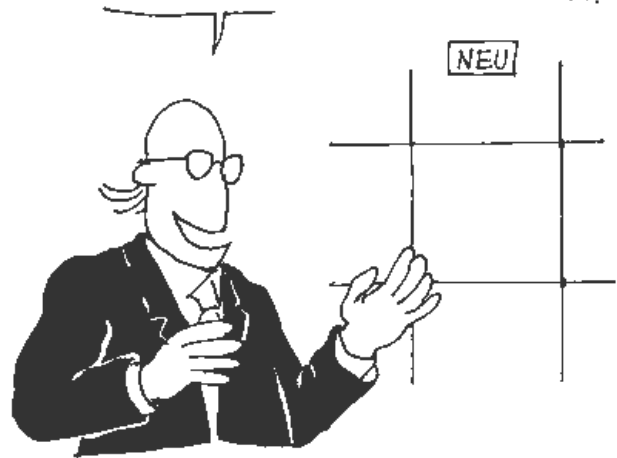
StO Lp

Ist die Mindestsicherung ein „Meilenstein der Armutsbekämpfung“ oder doch nur ein Stolperstein in den sozialen Abstieg?

DAS SOZIALE NETZ WAR TEUER UND TROTZDEM VOLLER LÖCHER!



EIN MODERNES SOZIALES NETZ HAT VIEL WENIGER LÖCHER UND IST BILLIGER!



© www.karl-berger.at

Von Renate Vodnek.

ErSTEln?

zum Sozialministerium herumgesprochen: Bei einer Diskussionsveranstaltung im ÖGB-Verlag zum Buch „Erste Hilfe – Handbuch für Arbeitslose“ spricht der Vertreter des Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, SC Roland Sauer davon, dass es bei der Mindestsicherung keine Höchstgrenzen gäbe⁴.

SPRUNGBRETT IN BESCHÄFTIGUNG?

Ein Ziel der Mindestsicherung ist die dauerhafte (Wieder)Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Für Marion Kapferer von der Sozialberatungsstelle „Dowas-Innsbruck“ ist das eine unzulässige Verknüpfung. Damit würde impliziert, dass arme Menschen faul seien und zur Verhaltensänderung eine besondere staatliche Behandlung benötigen. Armut würde damit als Problem des einzelnen Menschen gesehen und die Politik könnte sich aus der Verantwortung stellen. Durch die Koppelung an das Ziel „Beschäftigung“ besteht die Gefahr, bei Verweigerung einer „zumutbaren“ Arbeit im Zuge von Sanktionen fast die gesamte Leistung für den Lebensunterhalt zu verlieren. Marion Kapferer kritisiert diese Praxis: „Kürzungen haben im letzten sozialen Netz überhaupt nichts verloren“³.

Unklar ist, wie viele Menschen von Mindestsicherung betroffen sind – aktuelle Zahlen gibt es laut Armutskonferenz keine, da die Bundesländer keine liefern. Klar ist nur, dass sich die Zahl der Betroffenen seit den 1990er-Jahren verdoppelt hat. Mitverursacht durch

- prekäre Jobs,
- gesundheitliche Probleme,
- steigende Wohnkosten oder
- fehlenden Arbeitslosengeldbezug.

Es handelt sich nicht mehr um ein reines Randgruppenphänomen. Von

den (laut den letzten verfügbaren Zahlen) 173.000 Betroffenen beziehen die meisten nur vorübergehend die Mindestsicherung. In Wien beträgt die durchschnittliche Verweildauer sieben Monate, ein Viertel der Betroffenen bezieht für ein bis drei Monate Mindestsicherung. Nur 13 Prozent leben ausschließlich von der Mindestsicherung – der Rest erhält entweder Erwerbseinkommen, Arbeitslosengeld oder Kinderbetreuungsgeld. Fast die Hälfte der Mindestsicherungs-BezieherInnen pendelt zwischen schlechten Jobs und Mindestsicherung hin und her. Der Slogan von der „Integration in den Arbeitsmarkt“ ist also fehl am Platze: „Erwerbsarbeit wirkt mittlerweile teilweise schon desintegrierend“, so Martin Schenk, Sozialexperte der Diakonie³.

RISSE IM SOZIALSTAAT

Ein weiterer Faktor, wieso das letzte Netz der Armutsbekämpfung nicht funktioniert: „Die vorgelagerten Netze aber, allen voran die Sozialversicherung, haben Risse bekommen. Risse, die immer breiter werden. Erwerbslose, working poor, AlleinerzieherInnen: Wo der Sozialstaat mit den Veränderungen in Ökonomie und Gesellschaft nicht Schritt hält und keine oder nur mickrige Sozialleistungen bereit hält, soll die bedarfsorientierte Mindestsicherung gerade stehen.“³

Das zeigt sich auch an den aktuellen Zahlen aus Österreich. Auf der einen Seite steigt die Anzahl der Erwerbsarbeitssuchenden, auf der anderen Seite kommt jede Zehnte mit dem Einkommen nicht aus. Bereits die Hälfte der Menschen kann mit ihrem Einkommen nur knapp den Lebensunterhalt abdecken. Eine Million ÖsterreicherInnen sind laut Definition armutsgefährdet,

für sie ist geringes Einkommen mit Einschränkungen in zentralen Lebensbereichen verbunden. Die durchschnittlichen Beträge bei Arbeitslosengeld und Notstandshilfe liegen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle von derzeit 1031 Euro pro Monat⁵. Ebenfalls nicht „armutsfest“ ist der Bundesbeitrag für die Mindestsicherung in der Höhe von 773 Euro. Das Fazit von Robert Buggler: „Es gibt kein Recht auf ein Leben über der Armutsgrenze.“³

Damit sind unsere Kritikpunkte bei der Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung leider bestätigt worden. „Sie stellt – und das ist ausgesprochen zu bedauern – auch für ArbeitnehmerInnen nur bedingt eine Möglichkeit dar, sich aus miesen, schlecht entlohnten, prekären Arbeitsverhältnissen zu verabschieden, um so etwa den Niedriglohnsektor bzw. entsprechend schlecht entlohnte Arbeitsverhältnisse unter „Verbesserungsdruck“ zu bringen.“, schätzte Markus Koza bereits im September 2010 die Lage ein⁶.

Literatur:

¹ esf.at/esf/2011/09/01/7489/; 16. Mai 2012

² armutskonferenz.at, 16. Mai 2012

³ Pressekonferenz Armutskonferenz, 10. Mai 2012

⁴ Erste Hilfe für Arbeitslose, Buchpräsentation in der ÖGB Fachbuchhandlung, 26. April 2012

⁵ EU-SILC 2010

⁶ <http://diealternative.org/belvedere-gasse/2010/09/mindestsicherung-und-pflichtarbeit-halt-wieder-einmal-typisch-ovp-i/>. Siehe auch Alternativen 1/2 2012, 7/8 2010)

Studie: armutskonferenz.at/images/pk/matrix_bms-monitoring.pdf

Zusammenfassung: armutskonferenz.at/images/pk/zusammenfassung_bms-monitoring.pdf



SGEBOT VON 2012

JETZT SIND DIE SOZI AM ZUG





Unbeirrt von Wind und Wetter wurde am Samstag, 12. Mai, mit über sechzig Zelten bei der „Zeltstadt der Frauen“, die Wiener Ringstraße besetzt.

OCCUPY PATRIARCHY

Unter dem Motto „Occupy Patriarchy“ orientierte sich die Zeltstadt an der internationalen Occupy-Bewegung, die von New York aus mit spontanen Besetzungen auf sich aufmerksam gemacht hat. Für Petra Unger, Sprecherin der Plattform „20000frauen“, war das Ziel, „Raum im Zentrum für die bestehenden frauenpolitischen Forderungen zu nehmen“.¹

Zahlreiche frauenpolitische Initiativen folgten dem Aufruf der Veranstalterin Plattform 20000frauen und trugen ihren Protest lautstark auf die Straße. „Es herrschte den ganzen Tag ein reges Kommen und Gehen, aufgrund der Wittersituation konnten leider einige Programmpunkte nicht stattfinden, aber wir sind es gewohnt, dass uns die Verhältnisse wie kalter Wind entgegenwehen“, so Petra Unger¹. Statt Autoverkehr gab es zwischen Oper und Universität spannende Diskussionen zu Themen wie Bildung, Migration, soziale Umverteilung oder Sexualität. Das Programm war bunt und reichte von Transparentsiebdrucken bei Wege aus der Krise, einem Frauenquiz des Österreichischen Frauenrings, der chill-out-Zone beim Mädchencafé Flash über Guerilla Knitting mit den Strickistinnen, Bücher schmökern beim Bücherstand des





ÖGB-Verlags
bis hin zu diversen
Straßenaktionen wie der
Anti-Korruptions-Aktion.

Nicht fehlen durfte im Vorfeld Kritik aus Männersicht: Der Landesparteiobmann der Wiener ÖVP, Manfred Juraczka, sah die „drollige und sinnentleerte Veranstaltung“ als einen gezielten „Anschlag auf die Bürger und Bürgerinnen dieser Stadt.“² Kein Verständnis für solche Aussagen zeigten die Wiener Frauen-sprecherinnen der SPÖ und Grünen Nicole Berger-Krotsch und Martina Wurzer: „Uns geht es darum, alle Frauen dabei zu unterstützen ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben führen zu können.“³ Da bleibt nur zu hoffen, dass den Worten auch Taten folgen werden und damit ein weiterer Schritt in Richtung Gleichberechtigung gelingt. Ulli Weish von der Plattform20000frauen betont: „Wir wollen eine feministische nachhaltige Wirtschafts- und Bildungswende, die in eine demokratische, menschenrechtswürdige Gesellschaftskultur eingebunden ist, in der auch MigrantInnen Arbeits- und Aufenthaltsrechte erhalten, und nicht an den Rand gedrängt, abgewertet und ausgebeutet werden.“⁴ Vermutlich wird dafür ein langer Atem nötig sein.



Literatur:

- ¹ Stellungnahme der Plattform 20000frauen, <http://zwanzigtausendfrauen.at/2012/05/stellungnahme-der-plattform-20000frauen/>, 16. Mai 2012
- ² Presseaussendung ÖVP-Klub, 10. Mai 2012
- ³ Presseaussendung SPÖ-, Grüner-Klub
- ⁴ Presseaussendung 20000frauen, 7. Mai 2012

Fotos:
Bettina frenzel, lu_wu via
zwanzigtausendfrauen.at



„Zukunftsträchtige Strategiepräzisierung“ bei den Wiener Büchereien. Von Wolfgang Kauders.

EXTERNE HEIMSÜCHUNG

Manche BeraterInnen ... wurden von den Mitgliedern einer Organisation in der Vergangenheit als Abzocker erlebt. Sie saugten Wissen von Internen ab, wiesen dieses dann in unverschämter Weise als ihr eigenes aus und spielten es gemeinsam mit trivialen eigenen Lösungen in einer komplexitätsreduzierten Form zurück, die der Realität nicht gerecht wurde.“ Dieses Zitat aus „Transformationsmanagement“ von Karl Prammer beschreibt sehr gut einige der Erfahrungen, welche die Büchereien bislang mit externen Beratern gemacht haben. Am Ende mehr oder weniger aufwändiger Beratungsprozesse galt zumeist: „viel Wind um nichts, heiße Luft, völlig unergiebig“.

„TRANSFORMATIONS-MANAGEMENT“

Der Autor stellt dem oben genannten Consulter-Verhalten den eigenen Ansatz gegenüber, den er und seine MitarbeiterInnen der Firma Consulta in jahrelanger Beratungstätigkeit entwickelt hätten. Was als Transformationsmanagement bezeichnet wird, soll ein Mittelding zwischen „Organisationsentwicklung“ (OE) und dem „Change Management“ sein: Schneller als die OE, aber weniger Mitwirkung der MitarbeiterInnen, langsamer als das Change Management, aber nicht so brutal. Diese Firma Consulta wurde nun für die Büchereien engagiert, denn, wie die Leitung der Büchereien mitteilt, „... planen wir mit Unterstützung einer externen Beratungsfirma einen Prozess zur zukunftssträchtigen Strategiepräzisierung und Weiterentwicklung der Organisation der Büchereien.“ Allerdings gab es bislang kein erkennbares mittel- und schon gar nicht langfristiges Büchereikonzept der Leitung. Wenn nun

eine nicht vorhandene „Strategie“ im Verlauf eines Beratungsprozesses „präzisiert“ werden soll, dann klingt dies nach einer Präzisierung des Nichts. Über die Zukunftsträchtigkeit eines solchen Vorgangs kann gerätselt werden.

EIN HAUCH VON BULLSHIT

Inzwischen wurde von MA 13 und Büchereileitung ein vorbereitendes Projektteam gegründet, welches zum Ziel hat, „einen breit abgesicherten Rahmen für ein zweckmäßiges Entwicklungsprojekt inhaltlich und organisatorisch abzuleiten“. Dieser inhaltlich sinnlose Satz steht neben etlichen anderen, welche in einer Sprache abgefasst sind, die den meisten Bediensteten fremd ist. Beispielsweise sollen Interviews gemacht werden, in welchen unter anderem gefragt wird: „Welche vorhandenen bzw. heute (noch) nicht existierenden Strukturen, Instrumente, Leistungen sollten im Rahmen eines extern begleiteten und hoch beteiligungsorientiert angelegten Weiterentwicklungsprozesses unbedingt beleuchtet und hinterfragt werden?“ Es ist erstaunlich, dass sich das Vorbereitungsteam von MA 13 und Büchereien gleich zu Beginn des Organisationsentwicklungs-Prozesses diesem Sprachgebrauch der Consulter unterwirft. Damit ist der Begriffsrahmen auch für die Bediensteten vorgegeben, in dem sie ihre Reflexionen über den Arbeitsprozess formulieren können bzw. an den ihre Aussagen angepasst werden.

Eine solche Vorgehensweise ist bei den Consultingfirmen bekanntlich die Regel, kann aber als Merkmal dienen, wie weit die Consulter bereit sind, auf die Bedürfnisse der Bediensteten einzugehen – und es ist ein Grundbedürfnis des Menschen, über seine eigenen

Angelegenheiten in der selbst gewählten Sprache zu reden und sich in den ihm adäquat erscheinenden Sprachformen auszudrücken. Nicht zuletzt deshalb, weil nur so die Authentizität gewahrt bleibt und damit die Chance besteht, dass gemeinsam erarbeitete Problemlösungen in einer Sprach- und Denkwelt formuliert werden, die nicht als Fremdes daher kommen.

Allerdings wird das scheinbar Selbstverständliche – Verständlichkeit und Freundlichkeit gegenüber den Klienten – von kaum einer Consultingfirma erbracht. Was seinen Grund hat: „Dieses jargonhafte leere Gerede ist ‚Schutz nach außen‘, da es sich den gewöhnlichen Sterblichen entzieht... Damit veranlasst es die große Mehrheit... zu glauben, dass die Probleme ihre Verstehens- und erst recht ihre Interventionsfähigkeit bei weitem übersteigen und daher der kleinen Zahl der Wissenden, den Experten, überlassen werden müssen, deren Diskurs und Praxis auf diese Weise legitimiert werden.“ (Sébastien Guex im Vorwort zu Alessandro Pelizzaris „Die Ökonomisierung des Politischen“). Wir sehen, in der sprachlichen Abgehobenheit unterscheidet sich die Firma Conecta in keiner Weise von den bisher die Büchereien heimgesucht habenden Unternehmensberatungen.

GROSSE PHILOSOPHIE

Conecta verweist mit einigem Stolz auf den philosophischen Hintergrund ihres Beratungsmodells, „das die heimliche Vernunft und Ökonomie des Verhaltens von Individuen, Gruppen und Organisationen verdeutlicht“: „Die theoretische Begründung ... ergibt sich aus neueren Entwicklungen der System- und Evolutionstheorie, den erkenntnistheoretischen Konzepten des sogenannten

1. Kein Wurmfortsatz des Magistrats

Im Unterschied zur Wienbibliothek und zum Stadt- und Landesarchiv sind die Wiener Büchereien keine eigene Dienststelle (Magistratsabteilung), sondern eine um zwei hierarchische Etagen tiefer angesetzte, nachgeordnete Dienststelle im Bereich Bildung der MA 13.

Von der Koordinierungsfunktion, welche sich die MA 13 selbst zuschreibt, gibt es nichts, was die Büchereien und sogar die einzelnen Zweigstellen nicht rascher und effektiver umsetzen könnten.

Demnach scheint es ein erster wesentlicher Schritt zu sein, dass der hierarchische Status der Büchereien auch ihrem realen Wert für die Bildungspolitik der Stadt Wien entspricht: Büchereien raus aus der MA 13 und Installation einer eigenen Magistratsabteilung.

2. Gute Luft und erträgliches Klima

Ein Thema bei der Organisationsentwicklung wird vermutlich eine Ausweitung der Öffnungszeiten sein. Ehe überhaupt darüber und über die dazu notwendigen personellen und sachlichen Ressourcen verhandelt wird, haben zuallererst die Räumlichkeiten der Büchereien auf ein erträgliches Raumklima umgerüstet zu werden. 30°C im Sommer und stehende, übel riechende Luft müssen im Interesse der Gesundheit der Bediensteten und für einen angenehmen Aufenthalt der BenutzerInnen der Vergangenheit angehören.

ten ‚Radikalen Konstruktivismus‘ und der ‚Kybernetik zweiter Ordnung.‘“

Als weitere Elemente ihrer theoretischen Basis werden Gruppendynamik und Psychoanalyse, sowie familientherapeutische Methoden genannt. Daraus leitet Conecta ein Beratungskonzept ab, welches sie „Radikale Marktwirtschaft“ nennt. Das „Radikale“ wird als Verweis auf die Verwandtschaft zum „Radikalen Konstruktivismus“ benannt. Dass es aber in der Begriffszusammensetzung ein Attribut der „Marktwirtschaft“ ist, scheint dem sprachlichen Feingefühl der Autoren entgangen zu sein. Und tatsächlich formuliert „Radikale Marktwirtschaft“ kaum ein radikales neoliberalistisches Menschenbild, das mit solchen sprachlichen und inhaltlichen Blüten wie folgende aufwartet:

- „Menschliche Verhaltensweisen lassen sich als Waren betrachten, die bewertet und getauscht werden.“ („Wer handelt, der handelt“).
- „Der Markt für Verhalten ist ein Tauschmarkt.“ (Anm.: Was ist ein Markt denn sonst?).
- „Jeder Mensch verhält sich immer und überall ökonomisch rational.“ (Anm.: Zu dieser längst ad absurdum geführten

Kernthese der Markt fetischisten gibt es jede Menge kritischer Literatur, auch in den Wiener Büchereien).

- Dieser solcherart reduzierte Mensch „führt Konten über Geben und Nehmen aller Interaktionspartner in seiner privaten, nicht konvertiblen Währung“. „Menschen können auch mit sich selbst Handel treiben“. Soweit der philosophische Background der Firma Conecta.

VERSCHWIEGENE ABSICHTEN

Der Beratungsprozess für die Büchereien steht noch am Anfang. Derzeit sind Interviews mit den Büchereibediensteten geplant, hernach soll das eigentliche Projekt beginnen. Bislang ist nicht bekannt gegeben worden, welches Ziel sich die Leitung oder der eigentliche Auftraggeber gestellt hat. Und wer ist der Auftraggeber? Die MA 13 oder das Stadtratsbüro? Was sind die Kosten und wie lange soll das Projekt laufen?

Informationen, die für die Belegschaft wichtiger sind als wenn der Projektleiter seine „Allparteilichkeit“ beteuert, die er, da vom Magistrat und nicht von den BibliothekarInnen beauftragt, nie seriös einnehmen kann. Des-

halb ist es für alle Beteiligten wichtig, stets im Auge zu behalten, dass die Beratungsfirma einen Auftrag zur Umgestaltung der Büchereien hat und ihre Aufgabe darin besteht, eine möglichst große Anzahl von Bediensteten davon zu überzeugen, dass diese Umgestaltung in ihrem Interesse sei. Oder sie zumindest soweit zu neutralisieren, dass kein nennenswerter Widerstand gegen die Maßnahmen entsteht.

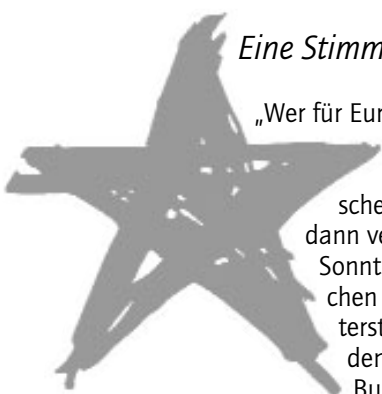
Wolfgang Kauders ist Bibliothekar und Personalvertreter in Ruhe. Weitere Artikel unter haftgrund.net.

Literatur:

- Fritz B. Simon und Conecta: Radikale Marktwirtschaft. Verhalten als Ware oder Wer handelt, der handelt. 1992
- Karl Prammer: TransformationsManagement. Theorie und Werkzeugset für betriebliche Veränderungsprozesse. 2009
- Conecta (Hrsg.): Führung leben. Praktische Beispiele – praktische Tipps – praktische Theorie. 2010
- Elisabeth Wallner: „Der Konstruktivismus im Selbstverständnis der Wiener Schule der Systemischen Organisationsberatung. Eine Fallstudie über die Conecta“
- Harry G. Frankfurt: Bullshit. 2006, s.a.: http://de.wikipedia.org/wiki/On_Bullshit

PRESSEAUSSENDUNG:

AUGE zum EUROPATAG



Eine Stimme gegen den Fiskalpakt ist eine Stimme für Europas Zukunft

„Wer für Europa ist, muss dem Fiskalpakt und der damit verbundenen ruinösen Austeritätspolitik eine klare Absage erteilen. Wenn in Ländern Südeuropas die Jugendarbeitslosigkeit an der 50 Prozent Marke kratzt und angesichts rigider Sparvorgaben die systematische Verelendung weiter Teile der Bevölkerung – und das nicht nur im Süden – droht, dann verkommt die europäische Einigung zur gefährlicher Drohung. Dann verliert die in Sonntagsreden immer wieder beschworene Vision eines geeinten, solidarischen und friedlichen Kontinents angesichts der brutalen ökonomischen und sozialen Situation jegliche Unterstützung bei den europäischen BürgerInnen. Es braucht in Europa einen grundlegenden ökonomischen, demokratischen und sozialen Kurswechsel,“ fordert Markus Koza, Bundessekretär der AUGÉ/UG anlässlich des Europatags am 9. Mai.



Für eine neue Finanzmarktarchitektur in Europa – Steueroasen austrocknen, riskante Finanzmarktprodukte verbieten, Finanztransaktionssteuer endlich umsetzen

Mit der Wahl Hollandes zum neuen französischen Präsidenten bestünde nun zumindest eine berechtigte Hoffnung, dass der von der konservativen Achse Merkel-Sarkozy den europäischen Staaten aufgezwungene Sparkurs aufgeweicht würde: „Mit aufweichen alleine wird es allerdings nicht getan sein. Es braucht eine grundlegend neue Finanzarchitektur mit entsprechend strikten Finanzmarktregulierungen in Europa – von einem Austrocknen der Steueroasen, einer Beendigung des Steuerwettlaufs nach unten, einem europaweiten Verbot riskanter Spekulationsgeschäfte und Finanzmarktprodukte bis zu einer ohnehin längst überfälligen Finanztransaktionssteuer. Der Europäische Rettungsschirm muss endlich die Bankenlizenz erhalten, die Europäische Zentralbank die Rolle als letzter Kreditgeber, um Staatspleiten zu verhindern, bzw. um Staaten zu finanzieren, übernehmen dürfen. Und es braucht, um dem – von allen Regierungen ja stets beklagten – Druck der Finanzmärkte auszukommen, endlich Euro-Bonds, europäische Anleihen, um insbesondere auch den Druck von hochverschuldeten Ländern zu nehmen. Die Finanzierung öffentlicher Leistungen und Investitionen, von Bildung und Gesundheit bis hin zu sozialen Sicherungssystemen, darf nicht weiter den Launen der Finanzmärkte und Finanzmarktinstitutionen überlassen bleiben,“ so Koza weiter.

„Der derzeitige Kurs in Europa – vom Sixpack über den Euro-Plus-Pakt bis hin zum Fiskalpakt – führt Europa schnurstracks in ein autoritäres Wirtschaftsregime, das keine Alternativen zum Abbau von Sozialstaatlichkeit, Lohndruck und Entrechtung von ArbeitnehmerInnen zulassen will und über ein kompliziertes Regelwerk inklusive automatisierter Sanktionsmechanismen nationalstaatliche, parlamentarische Entscheidungsprozesse bzw. demokratisch gefällte Beschlüsse aushebeln kann. Mit dieser autoritären, gegen die sozialen und ökonomischen Interessen breiter Bevölkerungsschichten gerichteten Politik, droht sich die starke soziale und ökonomische Kluft innerhalb Europas noch zu vertiefen, mit unabsehbaren Folgen auf die demokratische Verfasstheit unseres Kontinents,“ warnt Alternativgewerkschafter Koza.



Das Europa der Eliten hat keine Zukunft – Europa braucht Solidarität, sozialen Fortschritt und eine ökologisch verträgliche Wachstums- und Beschäftigungsstrategie

Was Europa brauche, sei ein Investieren aus der, statt ein Hinein-Sparen in die Krise: „Mehrere namhafte ÖkonomInnen, aber selbst Institutionen wie der Währungsfonds und die vielfach geschmähten Ratingagenturen – die allerdings immer für die Legitimation von Sparpaketen herhalten müssen – warnen inzwischen vor einem Sparkurs. Nicht, weil sie alle- samt Freunde des Schuldenmachens wären, sondern schlichtweg, weil es ein intelligente, ökologisch und sozial verträgliche Wachstumsstrategie mit entsprechender Steigerung der Beschäftigung braucht, soll die Krise überwunden, Budgets konsolidiert und Staats- schulden abgebaut werden.“

Der Sparkurs sei hinsichtlich seiner Zielvorgaben – Budgetkonsolidierung, Erhöhung der Wettbe- werbsfähigkeit und Staatsschuldenabbau – bereits spektakulär und dramatisch gescheitert, wie die ökonomischen Kenndaten Griechenlands, Portugals und Spaniens belegen, so Koza: die Ökonomien sind in eine tiefe Rezession geschlittert, die Staatsschuldenquote habe sich seit den drastischen Sparpaketen weiter erhöht, Arbeitslosigkeit und Armut haben Rekordwerte erreicht.

„Dass einige konservative ÖkonomInnen nach wie vor am Sparkurs der ‚europäischen Folter- kammer‘ festhalten wollen, spricht weniger für die Richtigkeit dieses Kurses als für die Krise der tra- ditionellen, neoliberal ausgerichteten mainstream-Ökonomie, die uns nicht zuletzt das ideologische Unterfutter für eine Politik geliefert hat, die uns in diese Krise geführt hat. Wir brauchen nachhaltig wirkende, beschäftigungsintensive Investitionen und einen Aufbruch in ein Europa des sozialen und ökologischen Fortschritts, um die wirtschaftliche, wie auch gesellschaftliche Krise zu überwinden. Wir brauchen einen europäischen Einigungsprozess im Zeichen von Demokratie und sozialen Grund- rechten, nicht unter dem Diktat der Finanzmärkte, des Sparens und des Sozialstaatsabbaus. Nur ein Europa der Solidarität, des sozialen Fortschritt und des Zusammenhalts hat Zukunft – denn das Europa der Eliten ist gescheitert und hat uns einen Scherbenhaufen hinterlassen. Höchste Zeit dass dieser weggeräumt wird, um ein Europa auf stabilerem Fundament aufzubauen,“ schließt Koza.



*Bis 20. Juni 2012:
Montag bis Freitag,
8 bis 20 Uhr,
Kardinal-König-Haus,
1130 Wien,
Freier Eintritt.*

Im Fokus: Sonntagsarbeit in Wien

Bei einem internationalen Foto- workshop im Mai 2012 haben TeilnehmerInnen Orte aufgesucht, an denen auch sonntags gearbei- tet werden muss. Mit der Fotoaus- stellung rückt die „Allianz für den freien Sonntag in Österreich“ die Menschen in den Mittelpunkt, die auch am Sonntag arbeiten müs- sen. Der Allianz gehören über fünfzig Organisationen aus Zivil- gesellschaft, Kirchen und Gewerk- schaften an. Fotoworkshop und Ausstellung wurden von der Alli- anz, der Katholischen Sozialaka- demie Österreichs und vom Kardi- nal-König-Haus veranstaltet. Informationen: freiersonntag.at.

Am 17. April waren auf Einladung der Wiener Grünen und des Austrian Social Forums ungarische Oppositionelle zu Gast, um über die politische Entwicklung in Ungarn zu berichten. Und die geht seit dem FIDESZ-Wahlsieg auf direktem Wege nach Rechtsaußen. *Ein Bericht von Thomas Zarka und Markus Koza.*

EULASCHIFASCHISMUS?

Der Einladung waren Gabor Scheiring, Abgeordneter und Parlamentssprecher der LMP im Ungarischen Parlament, Aron Tanos von der Jugendliga Solidaritas), Vera Zalka (Hungarian Social Forum) und Matyas Benyik (Vorsitzender von „Attac Hungary“) gefolgt.

Die einleitenden Worte von Monika Vana, Gemeinderätin der Wiener Grünen und Hermann Dworzak waren insbesondere bemerkenswert, da Monika Vana eine grüne EU-Initiative für ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn nach Artikel 7 des Lissabonvertrages (Verstoß gegen EU-Richtlinien) ankündigte und Hermann Dworzak diese Veranstaltung als Auftakt einer „aktiven Vernetzung“ der ungarischen Opposition mit progressiven Gruppierungen in Europa bezeichnete.

Zum ersten Punkt, dem Vertragsverletzungsverfahren, sei angemerkt, dass es ausgerechnet Ungarn war, das als erstes EU-Mitgliedsland am 17. Dezember 2007 den Vertrag von Lissabon

parlamentarisch beschloss (325 Ja-Stimmen, 5 Nein, 14 Enthaltungen). Insofern ist es bemerkenswert, dass sich nach nun vier Jahren, nachdem man sich offenbar nicht mehr daran erinnern will, was denn da abgestimmt wurde, sich nun dieser Vertrag gegen Ungarn zu wenden droht.

ZUR POLITISCHEN SITUATION

Parlamentswahlen in Ungarn, April 2010: Die national-konservative FIDESZ gewinnt mit ihren Bündnispartnern von der KDMP 68,12 Prozent der Stimmen und damit 263 von 386 Mandaten. Die bislang regierende sozialdemokratische MSZP muss schwere Verluste hinnehmen, erreicht 15,28 Prozent der Stimmen, 59 Sitze. Die rechtsextreme Jobbik liegt mit 12,18 Prozent und 47 Sitzen knapp dahinter. Auch wenn erstmals mit der LMP auch einer links-alternativen, grün-orientierten Partei mit 7,44 Prozent und 16 Mandaten in dieser Höhe überraschend der

Parlamentseinzug gelingt: Ungarn ist massiv nach rechts gerückt, die demokratische, parlamentarische Opposition weitgehend marginalisiert. Viktor Orbans FIDESZ hat damit die notwendige $\frac{2}{3}$ -Mehrheit, um alle Verfassungsänderungen durchzubringen. Und er wird diese Mehrheit zu nutzen wissen. Orbans Wahlsieg war nicht zuletzt einem rabiatischen „Antisozialismus“ und der katastrophalen sozialen und ökonomischen Lage als Folge der ökonomischen Transformation geschuldet (siehe dazu den Beitrag von Gabor Scheiring). Orban setzte auf die nationalistische, „patriotische“ Karte, gegen die „kosmopolitischen“ Sozialisten und ihre, in der MSZP-Ära groß gewordenen „Oligarchen“: Technokraten des Globalisierungsprozesses, Manager internationaler, in Ungarn ansässiger Konzerne, Gewinner der Privatisierung, Profiteure des EU-Beitritts.

Von der FIDESZ wurde den MSZP-Premiers Medgyessy und Gyurcsany dabei auch ihre Vergangenheit als kommunistische Funktionäre vorgeworfen: Medgyessy war stellvertretender Finanzminister unter Kadar, Gyurcsany Sekretär der Jugendorganisation der Kommunistischen Partei Ungarns. Interessanterweise war allerdings auch ausgerechnet Viktor Orban in seiner Vergangenheit kommunistischer Spitzenfunktionär, nämlich Vorsitzender der kommunistischen Jugendorganisation KISZ.

Mit der absoluten Machtübernahme durch FIDESZ war Orban nun auch in der realen politischen Lage, sein national-konservatives Projekt durchzuführen. Mit einem neuen Mediengesetz wurde die Medienfreiheit empfindlich



Ungarische Oppositionelle zu Gast in Wien (v.l.n.r.): Julian Schmid (Übersetzung), Aron Tanos, Georg Prack (Moderation), Gabor Scheiring, Vera Zalka, Matyas Benyik. Foto: Gerhard Jordan

und nachhaltig beschnitten, ArbeitnehmerInnenrechte wurden de facto abgeschafft, Arbeitslose zu Zwangsarbeit verpflichtet, Gewerkschaften hinsichtlich ihrer Handlungsmöglichkeiten entmachtet und entrechtet, die Unabhängigkeit der Gerichte und der Justiz eingeschränkt.

„Das“ nationale Projekt schlechthin war allerdings eine Verfassungsreform, ganz im Geiste des von FIDESZ beschworenen und mythologisch überzeichneten und verklärten „Ungarnturns“: Der Passus „Republik“ wurde aus dem Grundgesetz gestrichen, Ungarn heißt somit nur noch „Ungarn“ und nicht mehr „Republik Ungarn“, dazu passend die ungarische Krone in das Staatswappen eingefügt und zum „Symbol Ungarns“ und damit zum zentralen historischen Bezugspunkt erklärt. Die Verbindung von Mann und Frau gilt künftig in Ungarn als einzige – in dieser Form ziemlich einzigartig – verfassungsmäßig verankerte, zulässige Form der Ehe.

Trotz (oder gerade wegen?) des autoritären und chauvinistischen Kurses kommt die Politik von FIDESZ dabei bei breiten Bevölkerungsschichten durchaus gut an, punktet Orban doch mit der „nationalistischen“ Karte – und „patriotische“ Appelle an das „Ungarnturn“ gewürzt mit der entsprechenden Dosis Rassismus, Antisemitismus und Chauvinismus verfehlen ihr Ziel nicht. Das „nationale Trauma“ Trianon, als Ungarn nach dem ersten Weltkrieg zwei Drittel seiner Fläche und ein Drittel seiner Bevölkerung verlor, sitzt tief, der „Opfermythos“ bleibt weitgehend unhinterfragt und wird von den herrschenden politischen Eliten entsprechend gehegt und gepflegt.

Wer verspricht, „Ehre“ und „Stolz“ Ungarns wiederherstellen, kommt gut an und kann auf breite Unterstützung zählen. Kritik aus dem europäischen Ausland an seiner Politik wird von Orban als unzulässige Einmischung abgetan, FIDESZ inszeniert sich als jene politische Kraft, die Ungarn vor schädlichen Einflüssen von außen schützt. Das hat natürlich Auswirkungen auf die ungarische Gesellschaft: Rassismus und Antisemitismus sind inzwischen wieder salonfähig geworden, Hetze gegen Roma politischer und gesellschaftlicher Alltag. Gewerkschaften, linke Traditionen und linke Politikzüge sind bezie-

hungsweise haben sich auch selbst in der Vergangenheit diskreditiert, die „antisozialistische“ Propaganda hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Demokratische Institutionen – wie eben eine Unabhängige Justiz bzw. unabhängige Medien, BürgerInnen- und Freiheitsrechte haben in einer Gesellschaft ohne demokratischen Hintergrund – nur wenig Unterstützung zu erwarten. So weit zum politischen Zustand im Allgemeinen. Nun zu den Einschätzungen der geladenen Oppositionellen im Speziellen.

GABOR SCHEIRING, LMP: „FINALER KOLLAPS“

Gabor Scheiring Abgeordneter der LMP und Ökonom zieht eine vernichtende Bilanz über den wirtschaftlichen Transformationsprozess von der realsozialistischen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft: Der Transformationsprozess habe schlichtweg in einer sozialen und ökonomischen Katastrophe gemündet, so Scheiring. Er untermauert diese Behauptung auch mit den entsprechenden volkswirtschaftlichen Kenndaten:

- Das Preisniveau in Ungarn liege zwischen 80 und 110 Prozent des EU-Durchschnitts, die Löhne lägen allerdings nur bei 22 Prozent der EU-Einkommen – mit sinkender Tendenz.
- Hinsichtlich der Produktivität liege Ungarn mit 75 Prozent des EU-Durchschnitts zwar gar nicht so schlecht, die Produktivität internationaler Konzerne in Ungarn liege allerdings um das drei- bis vierfache über dem ungarischer Unternehmen, was ungarische Betriebe im Vergleich zu ihren internationalen Konkurrenten nur wenig wettbewerbsfähig mache.
- Das Bruttoinlandsprodukt beläuft sich auf 65 Prozent des EU-Durchschnitts, zwar sei die Wirtschaft gewachsen, allerdings habe es sich um „jobless growth“ – also Wachstum, das sich nicht in entsprechendem Beschäftigungswachstum niederschlagen habe – gehandelt.
- Die Erwerbsquote in Ungarn ist mit 61,9 Prozent (2010) katastrophal gering und liegt deutlich unter dem EU-Schnitt (EU-15: 74,6 Prozent, EU-27: 73,3 Prozent). Noch desaströser als im Ungarnschnitt stellt sich die Situation in Ostungarn dar, mit Erwerbsquoten knapp an 50 Prozent.

Der Beitritt zur Europäischen Union habe sich angesichts des Produktivitätsrückstands der ungarischen Ökonomie für die ungarische Bevölkerung als wirtschaftliches und soziales „Desaster“ dargestellt. Vom Transformationsprozess profitiert hätten die (alten) Eliten, die neuen MSZP-nahen „Oligarchen“, als Technokraten des Modernisierungs- und Globalisierungsprozesses und Manager internationaler in Ungarn ansässiger Konzerne. Die „antisozialistische“ Kampagne der FIDESZ wurde entsprechend als Kampagne gegen die sozialistischen Oligarchen geführt, gegen die Bevorzugung „internationaler Investoren“ im Gegensatz zu ungarischen Betrieben und ungarischem Kapital.

Der von den Regierungen zuvor beschrittene Weg der ökonomischen Transformation von der realsozialistischen Planwirtschaft zur global integrierten Marktwirtschaft wird zwar auch unter dem herrschenden FIDESZ-Regime konsequent weiterbeschritten – allerdings unter Bevorzugung der nationalen, FIDESZ-nahen „Oligarchen“ und Eliten, unter besonderer Berücksichtigung der Interessen nationaler Kapitalfraktionen.

Vor diesem Hintergrund sind sowohl Maßnahmen im Bankenbereich (Banksteuer, Zwangskonvertierung von Fremdwährungskrediten), die vor allem international agierende Bankhäuser treffen, Sondersteuern für ausländische Konzerne bzw. Produkte (z.B. die ominöse „Fettsteuer“ von der z.B. die ungarische Salami befreit ist) und die Einführung der Flat-Tax zu sehen – als auch der massive Abbau von ArbeitnehmerInnenrechte, sowie die Frontal-Attacken auf Arbeitslose, Gewerkschaften und NGOs in Ungarn: Arbeit muss im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit, der Produktivitätsentwicklung ungarischer Unternehmen und maximaler Verwertbarkeit, so billig, entrechtet und flexibel einsetzbar sein, wie möglich.

Die Folgen dieser Wirtschafts- und Sozialpolitik sind allerdings katastrophal, wovon steigende Arbeitslosigkeit und wachsende Armut zeugen. Je katastrophaler die ökonomische Situation, desto stärker, als Ablenkung vom allgemeinen Elend, die nationale Mobilisierung, desto autoritärer der politische

Bitte umblättern

Kurs. Regelrecht befeuert wird dieser weitere Ruck nach Rechts durch die offenen rechtsextreme, rassistische und antisemitische Agitation der Partei Jobbik unter Gabor Vona, Gründer der paramilitärischen, faschistischen, inzwischen verbotenen Ungarischen Garde. Die Jobbik positioniert sich als „antielitäre“ Oppositionspartei gegen FIDESZ, um gleichzeitig gegen die ärmsten der Gesellschaft und die Arbeitslosen zu mobilisieren, so Scheiring.

Die LMP positioniere sich gegen FIDESZ mit ihren Forderungen nach fairen Jobs, sowie nach einem grundlegend neuen ökonomischen Modell, orientiert an einem beschäftigungswirksamen, ökologisch und sozial verträglichen Wachstum. Soziale und wirtschaftliche Plattformen, welche entsprechende Entwicklungen befördern sollen, unterstützen und anstoßen. Internationale Investoren müssten in regionale Ökonomien eingebettet sein.

Kritik kommt seitens der LMP allerdings auch an den restriktiven EU-Vorgaben: Der Fiskalpakt drohe die EU-Peripherie – also die südeuropäischen und MOEL-Mitgliedsstaaten – regelrecht zu ersticken und aller budgetären Spielräume zu berauben. Was diese Regionen allerdings bräuchten sei ein Regime, das wirtschaftliche wie soziale Entwicklungen fördere – was der Fiskalpakt allerdings verhindere.

MATYAS BENYIK: 4 MILLIONEN UNGARN IN ARMUT

Der Ökonom und Attac-Ungarn Vorsitzende Benyik setzte Seirings Beitrag fort: Der ökonomische Transformationsprozess habe zur Verelendung breiter Bevölkerungsschichten geführt und insbesondere die Roma-Minderheit besonders schwer getroffen. 7 bis 10 Prozent der ungarischen Bevölkerung gehören den Roma an: 700.000 bis eine Million Menschen. Roma waren die ersten, die vom Zusammenbruch des Sozialismus und der folgenden wirtschaftlichen Transformation in aller Härte getroffen wurden. Sesshaft im ökonomisch ohnehin eher unterentwickelten Ostungarn, beschäftigt als ungelernte ArbeiterInnen in der Industrie, schnellte die Arbeitslosenrate im Zuge von Privatisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen, der Spezialisierung und der daraus resultierenden Nachfrage nach

gut qualifizierten FacharbeiterInnen sowie der Schließung von unrentablen Fabriken, in die Höhe. Eine Reintegration in den Arbeitsmarkt sei nicht mehr erfolgt – nicht zuletzt weil der größte Teil der Roma an der besonders strukturschwachen slowakischen und serbischen Grenze leben, wo sie – nicht zuletzt als Folge veränderter Machtverhältnisse und der um sich greifenden ökonomischen Krise – regelmäßig Angriffsziele der faschistischen Ungarischen Garde wurden bzw. sind.

Armut ist allerdings bei weitem kein auf Roma begrenztes Phänomen – was nicht weiter verwundert, bei dem bestehenden Verhältnis zwischen Preisen und Löhnen. Während die Regierung Orban die Armutsrate in Ungarn mit elf Prozent, rund 1,2 Millionen Menschen beziffert – was nicht über dem EU-Durchschnitt liegt – gehen soziologische Untersuchungen in Ungarn von wesentlich höheren Armutsquoten aus: sie sprechen von knapp vierzig Prozent Armen – rund 4 Millionen Menschen. Mit Antritt der FIDESZ-Regierung ist dabei die ohnehin schon hohe Armutsrate unter sozialdemokratischen Regierungen (33 Prozent) noch einmal deutlich gestiegen. Besonders dramatisch dabei ist die wachsende Armut bei Kindern und PensionistInnen.

VERA ZALKA: GESPALTENES LAND

Die Donau-Theiss-Linie teilt das Land – nicht nur geografisch, sondern auch ökonomisch und sozial – in West- und Ostungarn, so Zalka. Ostungarn ist dabei der weit rückständigere Teil und wurde im Zuge der ökonomischen Transformation wirtschaftlich wie sozial noch weiter abgehängt. Wirtschaftliche Rückständigkeit bedeutet Arbeitslosigkeit und Armut, insbesondere Kinder- und Altersarmut, wobei die Dramatik kaum vorstellbar ist. Hier gibt es Dörfer mit bis zu hundert Prozent Arbeitslosigkeit, so Zalka, regelrechte Ruinsiedlungen.

Die Politik habe nun zu entscheiden, welchen Gruppen aus den immer knapper werdenden Mitteln Unterstützung zukommen sollte. Das führt zu unglaublichen Härten. Inzwischen zurückgekehrt: Hunger, so Vera Zalka, Unterernährung von Kindern (kürzlich fand in Ungarn ein „Hungermarsch“ von

fünfzig Betroffenen – begleitet von hundert SympathisantInnen – aus dem Nordosten Ungarns nach Budapest statt. Die Forderung: „Arbeit, Brot“).

Heute ist der Osten Hochburg von Jobbik, deren rassistische und antisemitische Agitation hier auf fruchtbaren Boden fällt, während in Westungarn die Aversionen gegen das zunehmend verelende Ostungarn steigen. Die Spaltung verläuft allerdings nicht nur zwischen Ost- und Westungarn – in Wirklichkeit ohnehin keine regionale, vielmehr eine soziale und ökonomische Spaltung, sondern auch unter den Lohnabhängigen: Die Zahl der MindestlohnbezieherInnen hat seit der Regierungsübernahme durch FIDESZ rasant zugenommen und entsprechend auch die Einkommensunterschiede. Die Generation der „Babyboomer“ der 1950er-Jahre geht demnächst in Pension, nur, es ist kein Geld da. Und so plant FIDESZ – wie auch in Rest-Europa diskutiert wird – einfach das Pensionsalter zu erhöhen, das Problem also aufzuschieben und stattdessen Altersarbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen.

Die soziale und ökonomische Kluft in Ungarn ist bereits enorm, die Politik von FIDESZ hat sie vergrößert, droht sie weiter zu verschärfen und das politische und gesellschaftliche Klima damit noch mehr zu radikalisieren.

ARON TANOS: ZIVILGESELLSCHAFTLICHER WIDERSTAND

Es gibt allerdings auch Widerstand gegen diese Entwicklungen – auch wenn die Zivilgesellschaft sich erst zu formieren beginnt und Orban mit seiner FIDESZ-Regierung, trotz weit verbreiteter Unzufriedenheit, noch fest im Sattel zu sitzen scheint. Aron Tanos (dt. „der Verdächtige“), Aktivist der Jugendorganisation „Solidaritas“, die heute in Ungarn bereits an die sechstausend AktivistInnen zählt, berichtet davon, dass einmal mehr mit Facebook die Organisation des Widerstandes begann. Ein nicht unwesentlicher Grund: Facebook-Mobilisierung kostet nichts, denn die Zivilgesellschaft in Ungarn ist nicht nur organisatorisch, sondern auch finanziell schwach (Zitat von Tanos im Vorfeld: „Und wenn ich ‚schwach‘ sage, entspricht das nicht eurer Vorstellung von ‚schwach‘. Es ist viel schlimmer ...“ – was Tanos übrigens auch über die

ungarischen Gewerkschaften sagt). Auf Facebook entstand so die Gruppe „Milla“, „1.000.000 für Demokratie in Ungarn“, die unter anderem die Proteste gegen das Mediengesetz organisierte. Aus „Milla“ entstand schließlich am 1. Oktober 2011 „Solidaritas“. Mit Ende April soll es an die Vernetzung der zarten, zivilgesellschaftlichen Pflänzchen, der fortschrittlichen Oppositionsparteien und der Gewerkschaften gehen – um an einem „demokratischen Round Table“ eine Allianz aller demokratischen Kräfte zu bilden. „Wir müssen agieren, wir haben keine Zeit über Unterschiede zu diskutieren,“ so Tanos weiter. In einer zweiten Phase – mit den näher rückenden Wahlen – will „Solidaritas“ ExpertInnen zu Wort kommen lassen, die alternative Wege aus der ungarischen Krise beschreiben sollen. Durchaus möglich erscheint – wenn auch nicht unter Beteiligung von „Solidaritas“ – die Herausbildung einer neuen demokratischen Partei als glaubwürdige Wahlkonkurrenz zu FIDESZ (wobei die ExpertInnenfixierung nicht zuletzt vor dem Hintergrund technokratischer „Expertenregierungen“ in südeuropäischen Ländern, unproblematisch erscheint, Anm.).

JOBBIK: BEI JUGEND POPULÄR, RABIAT ANTISEMITISCH

Die größte Gefahr geht dabei – weil sie massiv unter Jugendlichen wirbt und ihre paramilitärischen Vorfeldorganisationen starken jugendlichen Zulauf haben – von Jobbik aus. Die ungarische Jugend droht an die extreme Rechte verloren zu gehen, warnt Tanos, die demokratischen Kräfte müssten sich dringend was einfallen lassen.

Auch Tanos spricht den – gerade auch im Zuge der Wirtschaftskrise und des von FIDESZ promoteten neu erwachten ungarischen Nationalismus – dramatisch ansteigenden Antisemitismus an. Die Sündenbocksuche, wer für die tiefe ökonomische und gesellschaftliche Krise in Ungarn verantwortlich zeichne, hat längst begonnen. Die extreme Rechte hat die „Schuldigen“ auch schon gefunden – es ist „das Ausland“, die Linken, die Roma, die Arbeitslosen und natürlich die Juden. Jobbik kann dabei auf eine traurige, antisemitische Traditionen in Ungarn aufbauen (zur Erinnerung: während der

Horthyzeit wurden 1922 die ersten antisemitischen Rassengesetze Europas beschlossen), der Kampf gegen die Linke, gegen den „Sozialismus“ wurde auch mit antisemitischen Parolen geführt. Mit dem ideologischen Hintergrund, linkes, fortschrittliches, liberales Gedankengut als „un-ungarisch“, als nicht dem „ungarischen Geiste“ entsprechend, „von außen den Ungarn aufgezwungen“ zu diffamieren. Der Jobbik-Vorsitzende kann ungestraft den Holocaust leugnen, auch im Parlament wird hemmungs- und weitgehend konsequenzlos antisemitisch agitiert. Antisemitismus gewinnt bedrohlich an „Normalität“.

Ein Lichtblick: Am 15. April 2012 demonstrierten über zehntausend Ungarn mit dem „Marsch des Lebens“ gegen Faschismus und Antisemitismus und gedachten der Opfer des Holocaust. Kardinal Erdö nannte dabei in einem Beitrag Antisemitismus als „unvereinbar mit dem Christentum“.

Der radikale Abschied vom sozialistischen Erbe – bis zur konsequenten Leugnung dieses Teils ungarischer Geschichte – macht sich nicht nur in der Verfassung bemerkbar, sondern auch in der Bildungspolitik. War zu sozialistischen Zeiten das Bildungssystem gratis und sozial einigermaßen durchlässig, ist heute ein Studium kaum mehr leistbar. Tanos nennt Zahlen: So gibt es heute 72.000 StudentInnen weniger als noch vor einigen Jahren. Mit Aktionismus versucht etwa das Bildungnetzwerk „HaHa“ auf den Bildungsnotstand hinzuweisen. Die Folgen, die ein derart repressives und ausgrenzendes Bildungssystem für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung mit sich bringt, sind jedenfalls absehbar.

AUSBLICK

Hinsichtlich der näheren ungarischen Zukunft überwiegt Pessimismus – allerdings mit einer geringen Portion Hoffnung. „Die derzeitige Entwicklung ist nur schwer aufzuhalten, weil so gut wie kein demokratisches Bewusstsein herrscht,“ fürchtet etwa Scheiring. Ungarn brauche einen Demokratisierungsprozess, der sei allerdings langwierig, eine demokratische Opposition ist erst im Entstehen, die Linke und fortschrittliche Ideen weitgehend desavouiert. Die „totale Desillusionierung“

breiter Bevölkerungsschichten und der Fall in eine tiefe Depression mit politischer Inaktivität tue ihr übriges dazu.

Auch strukturell sei ein kurzfristiger Wandel schwierig: Das einmal mehr geänderte, komplizierte Wahlrecht ermöglicht schon $\frac{2}{3}$ -Mehrheiten bei einem Stimmenanteil von 45 Prozent. Eine neue, glaubwürdige Opposition müsse überhaupt erst regionale Organisationsstrukturen schaffen, um in einer Wahlauseinandersetzung gegen die etablierte Großpartei der Rechten – FIDESZ – zu bestehen.

Tatsächlich erwarten sich die Oppositionellen Ungarns einiges vom beginnenden zivilgesellschaftlichen Aufbruch. Und was sich letztlich schwer abschätzen lässt: Werden die Desillusionierten und Frustrierten an der nächsten Wahl teilnehmen oder einfach zu Hause bleiben? Werden sie mangels glaubwürdiger Alternative selbst noch einmal FIDESZ die Stimme geben? Gelingt es FIDESZ ihre treue AnhängerInnenschaft, deren Anzahl nicht zu unterschätzen ist, noch einmal mit der entsprechenden Dosis Patriotismus zu mobilisieren?

Eine gewisse Hoffnung setzen die Oppositionellen auf die EU. Da ist einmal das angestrebte Art. 7-Verfahren. Und ein EU-Mitgliedsland Ungarn stehe unter permanenter Beobachtung und könne sich nicht alles leisten (wobei die aktuellen politischen und ökonomischen Entwicklungen innerhalb der EU auch im Zeichen der Entdemokratisierung und einer autoritären Wirtschaftspolitik stehen, Anm.).

Was den ungarischen Oppositionellen jedenfalls ein zentrales Anliegen ist: Die Vernetzung und Kooperation mit demokratischen Gruppierungen, Parteien und zivilgesellschaftlichen Initiativen in den anderen EU-Staaten. Wir nehmen dieses Anliegen gerne auf.

Eine umfangreiche Linksammlung zu Ungarn im Blog „diealternative.org/belvederegasse“ im Anhang an diesen Artikel.

Die oberösterreichische Arbeiterkammer erinnerte mit einem Festakt an den politischen Aufklärer

Prof. HERMANN LANGBEIN

Heuer wäre der Widerstandskämpfer und Auschwitz-Überlebende Prof. Hermann Langbein (1912–1995) hundert Jahre alt geworden. Am 16. April würdigte die Arbeiterkammer-Oberösterreich den Streiter für Demokratie und Menschenrechte mit einem Festakt, an dem dreihundert SchülerInnen und LehrerInnen teilnahmen.

Prof. Hermann Langbein ist als Chronist und Erforscher der Mordfabrik Auschwitz bekannt. Zu seinen Büchern gehören das Standardwerk „Menschen in Auschwitz“ und die autobiographische Dokumentation „Die Stärkeren“. Anfang der 1960er Jahre hatte er großen Anteil am Zustandekommen der Frankfurter Auschwitz-Prozesse. Er trug wesentlich zur Aufklärung über die NS-Verbrechen bei und initiierte die Zeitzugenaktion, bei der Verfolgte des Hitler-Regimes in den Schulen berichteten.

In ihrer Festrede im Kongresssaal der AK-Linz sagte Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Hermann Langbeins Botschaft sei hochaktuell. Jeder und jede Einzelne trage Mitverantwortung für die Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus. Dies gelte es besonders der Jugend nahezubringen.

„Wir können das unrühmliche Kapitel des Faschismus nicht abschließen, weil seine Ideologie noch immer eine Gefahr darstellt. Deshalb fördern wir die demokratiepolitische Bildung an Schulen“, betonte Arbeiterkammer-Präsident Dr. Johann Kalliauer.

Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka nannte Hermann Langbein einen unbeugsamen Moralisten und ein Vorbild, das in seiner Humanität und Bescheidenheit nicht leicht zu erreichen sei.

Kurt Langbein erinnerte sich in sehr persönlichen Worten an seinen Vater: „Er hat nicht mit starren Regeln erzogen, sondern mit Vertrauen und Zuversicht begleitet.“

Am Ende des Festaktes, der von der Gruppe Kohelet 3 musikalisch umrahmt wurde, überreichten Bundesministerin Heinisch-Hosek und AK-Präsident Kalliauer an fünf Schulklassen das Buch „Man muss darüber reden – Schüler fragen KZ-Häftlinge“.

Anschließend begann das Hermann-Langbein-Symposium, das bis 20. April LehrerInnen und SchülerInnen hochwertige Referate und Diskussionen zu zeitgeschichtlichen Themen und ihren aktuellen Bezügen bot.

Abends wurde, ebenfalls im Kongresssaal der AK-Linz, die neue Hermann-Langbein-Biographie „Zeitlebens konsequent“ von der Autorin Dr.ⁱⁿ Brigitte Halbmayr und Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka präsentiert.

